

Drucken



[Michael Heise](#)

Streit um Zölle

## Mit dem Handelskonflikt steigt das globale Rezessionsrisiko

Dienstag, 26.06.2018, 11:35 · · von FOCUS-Online-Experte [Michael Heise](#)



dpa/Kay Nietfeld US-Präsident Donald-Trump droht den Chinesen schon jetzt mit Strafzöllen auf Waren im Wert von bis zu 250 Milliarden US-Dollar.

Der Zollstreit zwischen den USA und China und Europa hat Folgen weit über die direkt betroffenen Länder hinaus. Die gesamte Lieferkette ist betroffen und Unternehmen stellen Investitionen in Frage. Das werden auch die USA zu spüren bekommen.

Es war absehbar: Die Entscheidung der EU, in einem symbolischen Akt der Gegenwehr ausgewählte Einfuhrprodukte aus den USA mit Zöllen zu belegen, nutzte [Donald Trump](#), um mit weiteren Zöllen der USA in

Höhe von 20 Prozent auf Autoimporte zu drohen. Zuvor schon hatte sich der Konflikt der US-Handelspolitik mit [China](#) verschärft. Das Rezessionsrisiko für die Weltwirtschaft ist signifikant gestiegen, nicht zuletzt durch starke Bewertungsverluste an den Aktienmärkten.

In der europäischen Wirtschaft wird der Handelsstreit die Stimmungslage der Unternehmen weiter belasten. Schon in den vergangenen vier Monaten haben sich die Erwartungen der Unternehmen, vor allem in der Industrie, über die zukünftige Geschäftsentwicklung deutlich eingetrübt. Sonderfaktoren, wie kaltes [Wetter](#), eine Grippewelle in Deutschland oder Streiks reichen nicht, um diese Entwicklung zu erklären.

Vielmehr spiegelt sich hierin auch die Verunsicherung der Unternehmen durch den sich androhenden Handelskrieg. Die Folgen werden eine zurückhaltende Investitionspolitik und schlechtere Beschäftigungsaussichten sein, und zwar nicht nur in den direkt von Zöllen betroffenen Branchen.

LIVE ABSTIMMUNG  7.971 MAL ABGESTIMMT

## Wie beurteilen Sie die Zollpolitik von US-Präsident Trump?



Über den Experten

*Michael Heise ist Chefvolkswirt der Allianz.*

[Hier geht's zur FOCUS-Online-Experten-Welt](#)

## Zölle belasten die gesamte Produktionskette

Zölle vermindern nicht nur den Export und den Import von Waren zwischen den Ländern, sondern sie stellen auch die gesamte Wirtschaftlichkeit von globalisierten Produktionsketten und von Auslandsstandorten im Allgemeinen infrage. Daher kann die Tatsache, dass die bisherigen US-Zölle für Stahl und Aluminium und

selbst die angedrohten Zölle auf Autoimporte gegenüber der EU im Kontext des gesamten Welthandels keine allzu große Belastung darstellen, keineswegs beruhigen.

Ein zollbedingter Rückgang etwa des deutschen Warenexports würde sich auf Vorleistungsproduzenten in vielen Branchen und Ländern weltweit auswirken, denn der deutsche Export besteht zu 40 Prozent aus Waren, die Deutschland zuvor aus dem Ausland importiert. Im Automobilssektor dürfte der Wert noch höher liegen, Produktionsstandorte im Ausland, etwa in den USA, die im Vertrauen auf zollfreie Zulieferungen aufgebaut wurden, können durch Zollerhebung unrentabel werden. Arbeitsplätze gehen dann verloren.

## **Die US-Zölle gefährden auch amerikanische Arbeitsplätze**

Diese Gefahr ist auch der amerikanischen Handelspolitik bekannt, die Vorlieferungen offenbar nicht weiter belasten will. Allerdings hat man mit Stahl- und Aluminiumzöllen bereits eine Produktgruppe getroffen, die für die Automobilindustrie äußerst wichtig ist. Höhere Stahl- und Aluminiumpreise werden die USA als Produktionsstandort für Automobile weniger attraktiv machen. Das gilt umso mehr, wenn andere Länder auf die Zölle der USA mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren. Wenn etwa China Zölle auf Autoimporte aus den USA verhängt, vielleicht sogar 40 Prozent, dann werden Produktionsstandorte in den USA erhebliche Absatz- und Beschäftigungsverluste erleiden. Die Sichtweise, dass der sich aufbauende Protektionismus vor allem ein Problem für Deutschland ist, weil wir so exportabhängig sind, übersieht die weltweiten Rückwirkungen eines Zollkrieges.

Dennoch ist es nicht sicher, dass eine Eskalation des Handelskonflikts verhindert werden kann. Die USA könnten das Konzept einer 20prozentigen Importsteuer reaktivieren, das nach der Wahl von Donald Trump fast eine Mehrheit gefunden hatte. China könnte Investitionen amerikanischer Unternehmen erschweren und Importe aus den USA belasten. Und die EU könnten weitere Produktgruppen mit Zöllen belegen.

## **Unternehmen stellen Investitionen auf den Prüfstand**

Multinationale Unternehmen können es sich nicht leisten, solche Szenarien einfach zu ignorieren. Sie werden bereits jetzt mögliche Eskalationsgefahren analysieren und bei Investitionen mit Zurückhaltung reagieren. Der wirtschaftliche Aufschwung, dessen Dynamik in den letzten Monaten ohnehin nachgelassen hat, dürfte weiter an Kraft verlieren, wenn die Handelskonflikte nicht rasch beigelegt werden.

Auch die US-Wirtschaft wird betroffen sein. Obwohl sie derzeit noch kräftig wächst, deuten mehrere Faktoren auf eine Verlangsamung hin: steigende [Zinsen](#) bei einer äußerst flachen Zinsstruktur, ein steigender Außenwert des Dollar und vor allem nötige Schritte, um das überaus hohe öffentliche Haushaltsdefizit zu reduzieren. Käme fortschreitender Protektionismus hinzu, könnte es mit dem Wachstum bald bergab gehen. Sollten die US-Handelspolitiker darauf vertrauen, dass die US-Wirtschaft eine Zusatzbelastung durch Protektionismus schon vertragen kann, könnte es ein unsanftes Erwachen geben.

## **Heftige Verluste an den Finanzmärkten**

Die Finanzmärkte, die in den vergangenen Monaten in erstaunlich gelassener Weise auf den eskalierenden Handelskonflikt reagiert haben, haben in den letzten Tagen den Ernst der Lage erkannt. Sinkende Kurse für Aktien und Unternehmensanleihen verstärken das Unsicherheitsmoment, dass in den Geschäftserwartungen bereits angelegt ist. Eine Kehrtwende, oder ein weitreichender „Deal“ in der Handelspolitik bei dem die USA und die EU ihre Märkte offen halten und bei dem China „faire“ Praktiken zusagt, könnte die Finanzmärkte dagegen in einen neuen Aufschwung versetzen.

Noch besteht die Chance, zu einem solchen Deal zu kommen und eine Kehrtwende einzuleiten. Die Regierungschefs der EU sollten der Kommission ein Mandat erteilen, sofort in Verhandlungen um weitreichenden Zollabbau mit den USA einzutreten. Partikularinteressen, die in vielen Branchen und Ländern [Europas](#) gegeben sind, müssen dabei überwunden werden. Das ist politisch schwierig, sollte aber im Interesse der gesamten Gemeinschaft doch denkbar sein. Es wäre ein Beitrag Europas zur Stärkung einer liberalen und offenen Welthandelsordnung, die aller Anstrengung wert ist.

© FOCUS Online 1996-2018

Drucken

**Fotocredits:**

dpa/Kay Nietfeld, FOCUS Online

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.

